

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 44

ersch. Sonnlag.
Zugabepreis vierteljährlich 1,50 Mt. Nur Postbezug.
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 23. Oktober 1932

Geschäftsstelle: Berlin G2, Neuer Markt 8—12 IV.
Fernruf: Berlin E2, Kupfergraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

48. Jahrgang

Sein oder Nichtsein — das ist die Frage.

Wer bisher vielleicht noch im Zweifel über das der Arbeiterschaft drohende Unheil gewesen ist, dem sind die Augen durch die Vorgänge der letzten Wochen gründlich geöffnet worden. Auch der einfachste Arbeiter wird wohl nach diesen Vorkommnissen und Enthüllungen begriffen haben, vor welchem Abgrund wir stehen: daß die nächste Zeit schon über Sein oder Nichtsein der Arbeiterbewegung, ja der gesamten Volksrechte zu entscheiden hat.

Was ist geschehen?

Nichts mehr und nichts weniger, als daß die Regierung Papen offen solche radikalen „Änderungen“ der Verfassung verlangt, daß die Arbeiterschaft mit einem Schlage um alle ihre erkämpften Rechte gebracht werden soll. Dem kommenden Reichstag wird bereits ein fertiger Entwurf vorliegen. Nimmt er ihn nicht an, so steht fest, daß man auch ohne ihn fertig zu werden versucht und dieser Reichstag dann wohl der letzte seiner Art sein wird.

Darüber hinaus sichern weiter hochverräterische Pläne an die Deffenlichkeit. Nach den notwendigen Vorbereitungen will man den Extronprinzen zum Reichsverweser ernennen. Also der erste Schritt zur Wiederaufrichtung des Kaiserreiches. Die Regierung hat wohl diese aufsehenerregenden Nachrichten dementiert. Aber man weiß ja, was von solchen Dementis zu halten ist. Der Extronprinz schweigt sich darüber aus. Dagegen wendet er sich mit einem Aufruf an die Hiltlerische SA. und SS., mit dem Stahlhelm eine Einheitsfront zu bilden. Als eine Ergänzung dieser Meldungen bringt das Zentralorgan der holländischen Sozialisten eine Reihe alarmierender Nachrichten über große Waffenschiefungen nach Deutschland, wo nahe der holländischen Grenze, im Kreise Limburg, ein Hauptwaffenlager sei.

So zieht sich das Netz immer enger und fester um die Arbeiterschaft, bis sie, vielleicht schon in kurzer Zeit, vollständig darin gefangen ist — wenn sie nicht noch im letzten Augenblick sich auf ihre eigene Kraft besinnt und das Netz zerreißt.

So katastrophal wie sich die politischen Verhältnisse unter der Papen-Regierung zugespielt haben, so katastrophal hat sich ihre Wirtschaftspolitik ausgewirkt. Einer ihrer wichtigsten Programmpunkte ist das Streben nach Autarkie oder das Bestreben, Deutschland vom Auslande wirtschaftlich unabhängig zu machen. Durch Zollschranken und Kontingentierungsmaßnahmen, also Festsetzung einer Höchstmenge dessen, was vom Auslande eingeführt werden darf, will man verhindern, daß wir zu viel vom Auslande be-

ziehen. Ganz abgesehen davon, daß Autarkie sich nur Staaten wie Rußland und Amerika leisten könnten, wo alle Vorbedingungen dazu gegeben sind, bedeuten solche Bestrebungen den weiteren Ruin unserer Industrie und damit der deutschen Arbeiterschaft. Denn es ist nahelegend, daß das Ausland solche Bestrebungen mit Gegenmaßnahmen beantwortet. So hat der deutsche Butterzoll uns unter anderem eine große Erbitterung Hollands und Dänemarks eingetragen, und die deutsche Industrie fiel mit ihrem Absatz dort immer mehr hinten runter. Auch mit großen Staaten, wie Frankreich und Italien, sind wir infolge dieser wirtschaftspolitischen Maßnahmen hart aneinander gekommen.

Was solch ein völlig verfehlter Wirtschaftskurs für die deutschen Arbeiter bedeutet, geht aus der einen Tatsache hervor, daß nicht weniger als 10 Millionen Arbeiter Deutschlands für unseren Außenhandel beschäftigt werden. Das heißt also mit anderen Worten, daß 25 bis 30 Millionen Einwohner Deutschlands davon leben.

Dieser Weg einer verkehrten Wirtschaftspolitik scheint nicht bloß uns bedenklich und verfehrt, sondern auch namhafte Vertreter der Großindustrie und des Handels erheben bereits ihre warnende Stimme. So hat das Reichstohlen-syndikat in den letzten Tagen an die Reichsregierung und Reichsbank ein dringendes Telegramm gerichtet, worin es unter anderem heißt: „Die deutsche Einfuhrhemmungspolitik wirkt in Italien, in den Oststaaten, besonders aber in Holland zerrüttend auf den Ruhrkohlenabsatz. Die Nachrichten werden von Tag zu Tag schlimmer. Nach Beendigung der laufenden Lieferungsverträge werden wir vor einem Trümmerhaufen stehen... Anstatt der von der Regierung gestellten Belebung der Wirtschaft sehen wir ein weiteres Absinken der Industrie und eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit voraus.“ Und Herr v. Siemens hat anlässlich einer Jubiläumsfeier der Welfirma betont, daß von ihren Büros in Schweden, Holland und Dänemark wieder Berichte eingelaufen seien, daß „uns zugedachte Aufträge, zum Teil zu höheren Preisen, an England vergeben wurden, mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß dies die Folge der allerletzten deutschen handelspolitischen Maßnahmen sei“.

Das sind Warnungen und Feststellungen von kompetentester Stelle der Industrie, an denen auch die Arbeiterschaft nicht achtlos vorübergehen kann. Wenn auch jene Kreise bei der

Beurteilung des Wirtschaftsprogramms der Papen-Regierung sich von ganz anderen Gesichtspunkten leiten lassen, so steht doch das eine unumstritten fest, daß dieses Programm ein Fehlschlag für die deutsche Industrie ist und mit dem politischen Programm zu neuen Katastrophen führen muß.

Die bitteren Folgen einer solchen Politik wird die Arbeiterschaft am schwersten zu tragen haben. Daraus ergibt sich für uns die dringende Notwendigkeit, mit aller Energie gegen alle reaktionären Pläne und Wirtschaftsprogramme zu kämpfen und durch festen Zusammenschluß unsere Macht so zu stärken, daß wir wieder die Zügel selbst in die Hand nehmen können.

Viel, sehr viel hängt davon ab, daß im nächsten Reichstag die reaktionären Parteien zurückgedrängt und der Sozialdemokratischen Partei zu größeren Erfolgen verholfen wird.

So wichtig eine bessere Zusammensetzung des Reichstags ist, noch viel wichtiger ist es für die Arbeiterschaft, daß sie ihre gewerkschaftlichen, politischen und kulturellen Organisationen stärkt. Keine Regierung hätte der Arbeiterschaft solche ungeheuren Opfer auferlegen und solche Zumutungen stellen dürfen, wenn die Gewerkschaften an Stelle ihrer heutigen fünf Millionen Mitglieder fünfzehn Millionen in ihren Reihen zusammengeschlossen hätten. Wir können aus diesen Wirnissen und Gefahren nur herauskommen, wenn wir unsere Reichsposition durch Gewinnung neuer Mitglieder stärken. Es hat seinen tiefen Grund, daß die freien Gewerkschaften das Sorgenkind der Regierung, der Unternehmer, der reaktionären und überradikal sich gebärdenden Parteien sind. Sie sind das Bollwerk, das alle diese Kreise fürchten und bisher vergeblich niederzureißen versuchten. Daher ihr namenloser Haß gegen die Gewerkschaften. Deshalb die vielen Verdächtigungen, Schmähungen und Kämpfe gegen sie. Die Gewerkschaften sind realpolitisch eingestellt. Ihre Hauptaufgabe ist die wirtschaftliche und sozialpolitische Besserstellung der Arbeiterschaft. Dieses Programm haben sie in den fünfzig Jahren ihres Bestehens mit Erfolg durchgeführt und können stolz darauf sein, was sie in dieser relativ kurzen Zeitspanne der Menschheitsgeschichte erreicht haben.

Warnend rufen wir in diesem Augenblick höchster Gefahr der Arbeiterschaft zu, sich der Folgen bewußt zu sein, wenn es ihr nicht gelingt, unter äußerster Kraftanstrengung den drohenden reaktionären Schlag abzuwehren. Es geht jetzt um Sein oder Nichtsein der Arbeiterbewegung.

Deshalb hinein in die Gewerkschaften! Ihre Macht steigert eure Kraft!

Eine wichtige Entscheidung über die Anwendung der Verordnung vom 5. September 1932 in Großbuchbindereien.

Zum erstenmal hat ein Schlichter in den bis jetzt strittig gewordenen Fällen bei Anwendung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheiten vom 5. September 1932 in Großbuchbindereien entschieden. Mit dieser nachstehend wiedergegebenen Entscheidung ist an einem typischen Fall festgestellt, daß die Großbuchbindereien, die in der Regel alljährlich in den Monaten August bis Dezember mehr Arbeitskräfte für die saisonmäßig anfallenden Weihnachts- und Neujahrsarbeiten beschäftigen, unter den § 2 der angegebenen Verordnung fallen. Diese Tatsache ist übrigens allgemein bekannt. Im vorliegenden Falle kann erfreulicherweise festgestellt werden, daß die in Frage kommende Firma die Entscheidung des Schlichters abgewartet hat, bevor sie, wie es bei anderen Firmen unberechtigterweise geschah, Lohnabzüge vornahm, die nur eine Erbitterung ihres Personals heraufbeschworen hätte. Dadurch ist die Firma und ihre Arbeiterschaft vor Differenzen und Schaden bewahrt geblieben.

Der Schlichter Dortmund, 11. Oktober 1932.
für den Bezirk Westfalen. Südwall 12.
Telephon: 22 751.

Ufzzeichen VII 2—32.

K.
Betrifft: Antrag des Arbeiterrates auf Feststellung, daß der Betrieb der Firma R. Dohse in Bielefeld als Saisonbetrieb anzusehen ist.

Entscheidung.

Auf Grund des § 2 der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 entscheide ich hiermit mit bindender Wirkung, daß die Firma Richard Dohse u. Sohn, Großbuchbinderei in Bielefeld, regelmäßig in einer bestimmten Jahreszeit, und zwar in den Monaten September bis März, außergewöhnlich verstärkt arbeitet. Sie kann deshalb von der Berechtigung nach § 1 der obengenannten Verordnung keinen Gebrauch machen, solange nicht nach § 5 der Verordnung der Nachweis geführt wird, daß sie eine über die saisonmäßig bedingte Vermehrung der Belegschaft hinausgehende Erhöhung der Arbeiterzahl vorgenommen hat.

Stempel:
gez. Brahn.

Haben wir noch Pressefreiheit?

Die in den letzten Monaten erfolgten Drangulierungen der deutschen Presse haben weit über die Grenzen Deutschlands hinaus berechtigtes Aufsehen erregt und sind allenthalben dementsprechend kommentiert worden. Wir haben neulich bereits auf die diesbezüglichen Auslassungen der Internationalen Buchbinder-Föderation hingewiesen. Jetzt nimmt der Internationale Gewerkschaftsbund zu dieser Frage mit folgenden Worten Stellung:

„Mit einer unerhörten Knebelung der Pressefreiheit und einer einseitigen Politisierung des Rundfunks begann der „politische Säuberungsprozeß“ des Rabbinets von Papen — mit einer jeder Gerechtigkeit hohnsprechenden Rechtsprechung hagelte es Zuchthausstrafen gegen Arbeiter, waltete verständigste Milde gegen die „aufbauwilligen Elemente“ Hitlers. Die kommunistische Presse wurde mundtot gemacht — Verbote bis zu sechs Monaten trafen viele Zeitschriften — Wochen

und Monate dauernde Verbote die Tagespresse. Mitte August kamen dann die ersten Verwarnungen an die freigewerkschaftliche Verbandspresse. Die „Buchbinder-Zeitung“ wurde vom Berliner Polizeipräsidenten nachdrücklich verwarnt und ein längeres Verbot angedroht, weil sie die sozialpolitischen Maßnahmen der Papen-Regierung gegen die Arbeitslosen in scharfen Worten kritisiert hatte. Am 8. September kam es zum tatsächlichen Verbot der Zeitung mit sofortiger Wirkung bis zum 28. September, weil in der Polemik gegen die Verboitsandrohung die mißliebigen Behauptungen wiederholt worden waren und diese erneute „Beschimpfung der Reichsregierung“ bestraft werden mußte!

Eine zweite Verboitsandrohung bekam das Berliner Organ der „Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamter“, weil es der

Werbt neue Kämpfer!

In allen Stempelstellen und Betrieben, wo ihr sie findet, werbt, erweckt die Massen. Lehrt sie die Freiheit wieder lieben, lehrt sie die Knechtschaft wie die Sünde hassen. Geht zu den Männern vor den Kesselfeuern und zu den Wärttern in den Kraftstationen, zu denen, die die Ströme landwärts heuern, zu allen, allen, die im Tagwerk fröhen, die Stähle schmieden, bohren, fräsen, drehen, die harre Hölzer fügen, richten, als Träger unter schweren Lasten gehen, am Bauwerk Stein auf Steine schieben. Ruft sie zusammen, alle, Männer, Frauen, und sprecht zu ihnen, die aus gleichem Leid mit trübren Augen in die Zukunft schauen: Ihr seid die Herren, wenn ihr einig seid! Seid Herren über euch und über Stahl und Eisen, seid Könige im Lande, seelen Eigne! Wir werden Ziel und graden Weg euch weisen, kommt her zu uns, kommt zum Verband. So geht hinaus auf alle Plätze, alle Gassen, und ruft in alle Elendskammern laut hinein: Lernet Freiheit wieder lieben, Knechtschaft wieder hassen, frei soll das große Volk der Arbeit sein! Georg Heinrich.

Regierung „verfassungswidriges Handeln“ vorgeworfen hatte. Ein sofortiges Verbot folgte lediglich deshalb nicht, weil der Spürsinn der Polizei erst einige Wochen nach der Veröffentlichung diese „Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung der Regierung und des Herrn Reichspräsidenten“ entdeckte.

Eine dritte Verboitsandrohung erging an den freigewerkschaftlichen Gesamtverband, der in einer seiner Zeitschriften der Regierung den Vorwurf verfassungswidrigen Handelns gemacht hatte.

Ergänzend dazu wollen wir nur noch auf die große Anzahl von Verboten der Tageszeitungen hinweisen, wovon nicht etwa bloß sozialdemokratische, kommunistische und nationalsozialistische Zeitungen betroffen wurden, sondern gut bürgerliche Blätter wie die „Berliner Volkszeitung“, das „8-Uhr-Abendblatt“ u. a. davon nicht verschont blieben.

Diese Verbote bedeuten aber neben der seelischen Knebelung noch eine starke finanzielle Schädigung der zahlreichen Arbeiter, die dadurch vorübergehend brotlos wurden.

Wollen wir den verbliebenen Rest der Pressefreiheit nicht noch völlig einbüßen, dann ist es notwendig, daß die Arbeiterschaft bei der Reichstagswahl am 6. November möglichst geschlossen für die Sozialdemokratische Partei eintritt.

Radikalisierung der Jugend.

II. (Schluß.)

Die Gefahren dieser Radikalisierung werden vom lebendigsten Teil der Jugend mit unglaublicher Instinktsicherheit gesehen und dementsprechende Abwehr geübt. Alle spüren, daß diese Radikalisierung jedes geistige Leben, jede geistige Entwicklung im jungen Menschen ausschließt, daß sie eine ungeheure geistige und seelische Verarmung bedeutet. Denn echte Geistigkeit kann sich nur dort entwickeln, wo von früherster Jugend die Dinge allgemein gesehen werden. Es werden weiter Beispiele für den Abwehrkampf verschiedener Bünde gegen diese Radikalisierung angeführt. Wichtig ist die Mitteilung, daß die evangelische Jugend in ihrer großen Mehrheit dem Nationalsozialismus verfallen ist. Im Bund Deutscher Bibelkreise wird die nationalsozialistische Anhängererschaft auf 70 Proz. geschätzt. Einige evangelische Bünde, wie Fahrende Gesellen und Christliche Pfadfinderschaft, haben ein ausdrückliches Verbot der Zugehörigkeit zu den Nationalsozialisten erlassen. Unter der Parole „Rurs halten!“ fordert ein Führer des Christlichen Vereins junger Männer, der nationalsozialistischen Welle standzuhalten.

So weit die lehrreichen Feststellungen der Zeitschrift „Junges Deutschland“. Gewiß trägt die schwere Wirtschaftsnot mit ihrer riesenhaften Arbeitslosigkeit, von der die Jugendlichen am stärksten erfaßt werden, viel zu ihrer Radikalisierung bei. Aber mit diesem Umstand alles Geschehen zu entschuldigen und über die Gefahren hinwegzusehen, die der Zukunft der Gewerkschaftsbewegung von einem weiteren Umschlagen des Radikalismus der Jugend drohen, wäre ein unverzeihliches Beginnen.

So einleuchtend radikale Reden vielen Jugendlichen auch klingen mögen, es muß doch gesagt werden, daß es um mehr geht als um Augenblickserfolge. Wahre Macht schließt jede Gewalt aus. Nur wo es an Macht fehlt, wird die Gewalt als einfaches und bequemes Ersatzmittel angewendet. Karl Marx, der Altmeister des Sozialismus, hat einstens mit Recht gesagt:

„Die Gewerkschaften sind die Schulen für den Sozialismus. In den Gewerkschaften werden die Arbeiter zu Sozialisten herangebildet, weil ihnen da täglich der Kampf mit dem Kapital vor Augen geführt wird. Alle Parteien, mögen sie sein, welche sie wollen, begeistern die Massen der Arbeiter nur eine Zeitlang, vorübergehend, die Gewerkschaften hingegen fesseln die Masse der Arbeiter auf die Dauer, nur sie sind imstande, eine wirkliche Arbeiterpartei zu repräsentieren und der Kapitalmacht ein Bollwerk entgegenzusetzen.“

Dieses Wort wird sich als zutreffend erweisen. Mögen die Zeiten jetzt noch so unsicher und zweifelhaft sein, jeder Arbeiter, der entwicklungsgeschichtlich zu denken versteht, kann gar nicht daran zweifeln, daß die gewerkschaftliche Idee ihre volle Bedeutung auch über diese Notzeiten hinaus behalten wird. Auf diese traurige Gegenwart wird eine bessere Zukunft folgen. In der Geschichte der Völker und der Menschen ist es noch niemals anders gewesen. Darum sollten gerade die Jungen den Mut nicht verlieren und sich nicht einfangen lassen durch radikale Redensarten. Der Sozialismus erfordert zielbewußte Taten. Solche aber vermögen nur überlegende und wissende Menschen zu vollbringen, wie sie mit heißem Bemühen in der Jugendbewegung der freien Gewerkschaften herangebildet werden. Schulung und Aufklärung der Jugendlichen tut dringend not, damit sie befähigt werden, als aktive Kämpfer für den sozialen und demokratischen Gedanken einzutreten! (Jungbuchdrucker.)

Werbearbeit auch in der Krisenzeit!

Die Zeit der furchtbaren Wirtschaftskrise als gewerkschaftliche Werbezeit? Das klingt widersprüchlich, denn was soll in der Zeit des Lohnabbaues und der sozialpolitischen Verschlechterungen zu ernten sein? Wo sollen die gewerkschaftlichen Erfolge herkommen, wenn nicht nur Unternehmertum und Regierung geschlossen gegen uns stehen, sondern eine Ueberfülle von Waren und eine Millionenarmee arbeitsloser Menschen unseren Kampf um die soziale und wirtschaftliche Freiheit erschweren? Das sind die skeptischen Gegenfragen zu der Forderung, auch die Krisenzeit zu einer durchgreifenden Agitation für unsere Gewerkschaften auszunutzen. Und doch muß und kann das sein!

Seit 1924 haben die freien Gewerkschaften auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens bedeutende Erfolge erringen können. Diese haben wir in der Agitation für den Gewerkschaftsgedanken mit vollem Recht ausgenutzt. Wir sahen das Aufstreben, ein erfreuliches Aufwärtsgehen unserer Lebensbedingungen. Dann brach die Krise mit unheimlicher Wucht über uns herein. Alle Kräfte mußten konzentriert werden auf den Kampf um das in jahrzehntelangem gewerkschaftlichen Ringen Erreichte. Doch die große Frage ist, ob dies von den Massen als Erfolg gewertet wird? Zweifellos von großen Teilen der Arbeiterchaft nicht, vornehmlich nicht von der jüngeren Generation, die von den wirtschaftlichen Verhältnissen und dem Tiefstand der Lebenshaltung in der Arbeiterfamilie in früheren Jahrzehnten keine eigene Kenntnis hat. Hier muß die Geschichte zur Hilfeleistung bei der Agitation herangezogen werden. Die jetzt tobende Wirtschaftskrise ist ja nicht die erste, die über die kapitalistische Welt dahinbraut. Die ältesten unserer Kollegen und Kolleginnen kennen die Krise der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts noch aus eigener Erfahrung. Die anderen müssen sie als geschichtlichen Tatbestand studieren, wobei sie finden werden, daß fast in allen Gewerben und Industrien die Löhne auf weit unter die Hälfte des Vorkrisenstandes gesunken waren, denn dem wütesten Lohnabbau stand kein Hemmnis entgegen.

Und heute? Heute haben wir unsere Gewerkschaften, jenen Bestandteil des Arbeiterlebens, der zum Mittelpunkt aller Angriffe der Reaktion geworden ist. Wir müssen bei unserer Agitation unseren Kollegen und Kolleginnen stets die Frage vorlegen: Wo ständen wir heute ohne unsere Gewerkschaften? Jeder wird zugeben, daß ihr Fehlen dazu führen würde, die Arbeitskraft für den denkbar niedrigsten Preis kaufen zu können. Unsere Gewerkschaften haben noch zu allen Zeiten gehalten, was sie versprochen haben, und was bis heute an Verschlechterungen hingenommen werden mußte, wurde in der Hauptsache durch Regierungseingriff zwangsmäßig durchgeführt.

Auch der Arbeitslose hat an einer starken Gewerkschaft das größte Interesse. Das Eintreten des Arbeitslosen ist die Arbeitslosen-, Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung. Es ist das große Verdienst der Gewerkschaften, daß überhaupt Arbeitslosenunterstützung, zunächst ganz gleich in welcher Form, gegeben wird und daß die jetzt tobende Wirtschaftskrise durch die Arbeit der Gewerkschaften die erste ist, in der überhaupt der Arbeitslose berücksichtigt wurde. Wir nehmen das als eine Selbstverständlichkeit hin, weil wir nicht ohne Murren und Widerspruch verhungern wollen. Und das

ist gut so, denn in diesem uns selbstverständlich gewordenen Bewußtsein liegen die Erkenntnisse einer jahrzehntelangen Gewerkschaftsarbeit. Nur durch diese ist dem Arbeiter sein Recht zum Leben in allen Zeiten des Konjunkturwandels zum Bewußtsein gebracht worden. Der Erfolg ist, daß auch der schlimmste Gegner der Arbeiterbewegung mit diesem Faktor als einem Bestandteil unseres öffentlichen Lebens, als einem gesellschaftlichen Machtfaktor rechnen muß, dessen Anerkennung nur von der Stärke seiner Kraft und damit von der gesellschaftlichen Machtverteilung abhängt.

In einem Punkte aber leistet die Wirtschaftskrise für die gewerkschaftliche Arbeit ganz unschätzbare Dienste, indem sie die Hirne des denkenden Menschen mit sozialistischen Gedanken erfüllt. Wir sollen bei einem geradezu erschreckenden Ueberfluß an Waren aller Art hungern und darben! Dieser furchtbare Widersinn der kapitalistischen Wirtschaft muß allen zum Arbeiterstand zählenden Menschen zum Bewußtsein gebracht werden. Die freien Gewerkschaften kämpfen für die Beseitigung dieses Wahnsinns, indem sie die anarchistische Profitwirtschaft durch die sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft ersetzen wollen.

Die heutige Regierung stemmt sich gegen diesen einzig richtigen Weg aus dem Elend unserer Tage. In scharfbetonen Rundfunkreden lehnen ihre prominentesten Vertreter jeden staatlichen Eingriff in die völlig unfähige kapitalistische Wirtschaftsführung ab. Nicht abgelehnt wird jedoch die offene und versteckte materielle Hilfeleistung an Banken, Großindustrie und Landwirtschaft durch Steuerergänze und Subventionen, die zum großen Teil als verloren gelten können und die aufgebracht werden sollen durch einen neuen ungeheuren Druck auf die an sich so schwache Lebenshaltung des verkaffenden Menschen.

Unsere Gewerkschaften müssen darum mit aller Zähigkeit ihre und die Vorschläge ihrer politischen Vertretung zur Behebung der Wirtschaftsnote verfechten. Das können sie mit Erfolg nur tun, wenn ihre Machtposition im Staat um ein Vielfaches gesteigert wird. Daran haben alle — das Heer der Arbeitslosen und die noch in Arbeit Stehenden — ein starkes Interesse. Die Stärkung der Macht der Gewerkschaften auch in der jetzigen Krisenzeit ist darum eine zwingende Notwendigkeit, an der in erster Linie auch die Millionenarmee unbefähigster Arbeitskräfte interessiert sein muß, da nur diese Stärkung der Arbeiterorganisationen ihr die Aussicht gibt, daß sich auch ihr Geschick einmal zum Besseren wandelt. Deshalb: **Werbearbeit auch in der Krisenzeit!**

Italienisches Urteil über Deutschlands Buchbinderei.

Das italienische Handwerksamt hat in den letzten Jahren die intensivsten Versuche gemacht, alle Zweige des italienischen Handwerks, und ganz besonders jene, die im Laufe der Jahrhunderte einmal Bedeutung besessen haben, wieder zu einer Blüte zu bringen und die Fortschritte aufzuholen, die die Gewerbe anderer europäischer Länder in der Zeit der italienischen Handwerksdekadenz gemacht haben. Man hat schließlich in diesem Jahre eine Handwerksstudienkommission nach Deutschland gesandt; sie war aus den be-

kanntesten zeitgenössischen Meistern Italiens zusammengesetzt, und für die italienische Buchbinderei war Del Vico, der als Italiens bedeutendster Binder angeprochen werden muß, mit einer Erforschung der Eigenarten und Qualitäten des deutschen Buchgewerbes betraut. Del Vico hat in einer detaillierten Denkschrift sein Urteil über Deutschlands Buchgewerbe unter besonderer Berücksichtigung der Buchbinderei und seine Vorschläge für eine Erneuerung des italienischen Buchgewerbes niedergelegt. Die Ansichten Del Vicos über Deutschlands Buchbinderei sind außerordentlich schmeichelhaft. Del Vico schreibt, die deutsche Buchbinderei habe in ihren Betrieben einen derartigen Grad der technischen Ausrüstung erreicht, daß eine Konkurrenz auf einem internationalen Markt für die Italiener als ausgeschlossen gelten müsse. Vor allem die einheitliche Umstellung auf moderne Form und Farbe, die gesunde geschmackliche Erneuerung, die in dem ganzen deutschen Buchgewerbe bei einer gebiegeinsten Arbeit stattgefunden habe, die Kombination von Industrieerwerb und künstlerischem Geschick bildeten die Charakteristika des deutschen Masseneinbandes. Die Materialqualität, die im Durchschnittsband zur Verwendung komme, sei erstaunlich hoch, die zur Verwendung kommenden Farben seien durchweg modern und es sei bei Pappbänden immer wieder festzustellen, daß die Belieferung der Buchbindereien aus einer spezialisierten Druckerei und Papierindustrie ein Material zur Verfügung stelle, über das Italiens Buchbinderei bis zur Stunde nicht verfüge.

Nach dieser vollkommenen Anerkennung der industrialisierten Buchbinderei Deutschlands findet der italienische Abgesandte des konkurrierenden Gewerbes jedoch eine Lücke für das italienische Geschäft. Der künstlerische Wert von Kunst- einband Deutschlands sei dem französischen und englischen bis zur Stunde unterlegen. Das deutsche Buchbinderhandwerk als rein handwerkliche Arbeit und gleichzeitig künstlerische Tätigkeit habe sich bei der Massenproduktion nicht auf einer bemerkenswerten Höhe halten können. „Wenn Italien auf der Leipziger Messe handgebundene Bücher hervorragender Werkstätten ausgestellt hätte, so würde es durchaus ehrenhaft bestanden haben.“ Und weiter: „Die Deutschen sind viel zu sehr in ihrer Massenproduktion fixiert, als daß sie danach streben, einzelne Handbände künstlerischer Gestaltung hervorzuheben oder sich gar auf sie zu spezialisieren. Wenn wirklich irgendein deutsches Meisterwerk der Handbinderkunst auf dem Markt erscheint, so ist die geringe Aufmerksamkeit, mit der es beachtet wird, auffällig. Frankreich und England dagegen triumphieren mit ihren Werkkunstbänden, und es ist nicht selten, daß die Preise für ihre allerdings wundervollen Bände geradezu phantastisch sind“.

Die Folgerungen dieser Beurteilungen des deutschen Buchbindereimarktes und der deutschen Produktion sind naturgemäß leicht zu ziehen. Sie heißen in Italien: Verbesserung der Massenerstellung für den Handelseinband, um ein Vordringen der deutschen Buchbinderei industriellen Stiles in Italien zu vermeiden. Aber daneben größte Sorgfalt und Bevorzugung der überall noch vorhandenen Buchbindereiwertstätten mit künstlerischem Ehrgeiz. Der italienische Werkkusteinband kann nach der Denkschrift durchaus in Deutschland konkurrieren, und zwar nicht nur mit dem deutschen Werkkunstband, sondern mit den französischen und englischen Arbeiten. Zur Reform des italienischen Bindereihandwerks werden sodann zahlreiche Vorschläge gemacht, deren wichtigste in Gotalausstellungen permanenten Charakters aller ortsanfässigen Bindereien und Reichswettbewerben für die besten Einbände bestehen. G. R.

Auch die Christen gegen die Notverordnung.

Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ nimmt in seiner neuesten Nummer zu der Rechtsfrage der letzten Notverordnungen Stellung und stellt sich gleich uns auf den Standpunkt, daß es „nicht dem geringsten Zweifel unterliegen kann, daß die Lohnsenkungsvorschriften der Verordnung vom 5. September sich in keiner Weise mit dem Prinzip des Tarifvertrages, mit dem Prinzip der Unabdingbarkeit, so wie es auch dem Sinn der Reichsverfassung entspricht, vereinbaren lassen“.

„... Die Frage, ob die Gewerkschaften einen Arbeitskampf gegen die neuen Lohnsenkungen unterstützen dürfen, hätte nach dem Wortlaut der Verordnung vom 5. September bejaht werden müssen, wenngleich man auch darüber wieder streiten kann.“ Mit Recht betont das Blatt dann weiter, daß diese ganze Streitsache kein juristischer Fall sei, sondern eine Lebensfrage der deutschen Arbeiterschaft bedeute. Die Klärung juristischer Fragen mit Hilfe zahlreicher Prozeßvertreter, Gutachter und mindestens drei Gerichtsinstanzen ist uns viel weniger wichtig als eine endgültige Abkehr von dem arbeiterfeindlichen Regierungskurs. Eine gerechte Behandlung der Arbeiterschaft, die Anerkennung ihrer Gleichberechtigung sowie ihrer Interessen und sozialen Forderungen, die Achtung des Gesetzgebers vor den Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechts kann nicht durch arbeitsgerichtliche Prozesse erzwungen werden.

Wir können dieser Auffassung nur zustimmen. Daß aber die Arbeiterschaft sich diese Achtung vor dem Arbeitsrecht erzwingt, liegt in ihrer Hand, wenn sie bei den kommenden Reichstagswahlen keiner reaktionären Partei ihre Stimme gibt; selbst wenn sie sich den revolutionären Mantel eines Nationalsozialismus umhängt.

„Nationaler Sozialismus“ in der Papierindustrie.

Am 31. Juli wurde der Zigarettenpapierfabrikant Fritz Riehn von Trossingen (Württemberg), Besitzer des „Efta-Werkes, zum Mitglied der NSDAP.-Reichstagsfraktion gewählt. Die große Rolle, die er in seiner Partei in Württemberg spielt, sichert ihm auch für die Wahl des 6. November eine aussichtsreiche Stelle auf dem Stimmzettel. Es lohnt sich deshalb, die Taten dieses Unternehmers und „sozialistischen Arbeiterführers“ genauer zu beleuchten. Vor etwa zehn Jahren hat sich Riehn unseren Angestellten der Zahlstelle gegenüber verpflichtet, den Api-Vertrag einzuhalten. Dieser Vertrag ist von Riehn nie gekündigt worden, aber er wird auch nicht eingehalten. Dagegen ließ Riehn durch seinen Betriebsausschuß, der selbstverständlich von Margifisten und Freigewerkschaftlern peinlichst gereinigt ist, am 21. Mai 1932 folgendes öffentlich in der Lokalzeitung erklären: „Tatsache ist, daß im Efta-Werk der nationale Sozialismus zur Zufriedenheit der Arbeitnehmer durchgeführt ist.“ — Unter diesem „nationalen Sozialismus“ will die weitere Ankündigung Riehns verstanden sein, daß er seine Belegschaft folgendermaßen am Gewinn beteilige: die Arbeiter sollen 40 Proz., die Angestellten 25 Proz. und Riehn selbst 35 Proz. des Reingewinns erhalten. — In der Praxis ergab sich nun folgendes: zur Zeit der ersten derartigen Gewinnberechnung hätte die Riehnsche Arbeiterin durchschnittlich nach dem Api-Ver-

trag einen Stundenlohn von 44,5 Pfennig erhalten müssen, sie erhielt jedoch im Durchschnitt nur 35 Pfennig bezahlt. Die Belegschaft, die in der Hauptfache aus weiblichen Arbeitskräften besteht, konnte damals durchgängig voll, zum Teil sogar mit erheblicher Ueberzeit arbeiten. Die Ersparnis Riehns aus der Differenz zwischen Tariflohn und ausbezahlem Lohn beträgt demnach pro Stunde 9,5 Pfennig. Bei angenommenen nur 40stündiger Wochenarbeitszeit und bei einer tiefst angelegten Arbeiterinnenzahl von 60 macht das im Jahr für eine Arbeiterin 197,60 Mk. weniger oder für die Firma Efta-Werk 11 856 Mk. mehr, d. h. diese Summe mindestens erspart Riehn durch Nichterhaltung des Api-Vertrags. — Was hat nun Riehn dagegen an Reingewinn ausbezahlt? Antwort: 22,50 Mk. für jede Arbeiterin, die das ganze Jahr 1931 bei ihm gearbeitet hatte. Für die ganze Belegschaft der Handarbeiter soll er demnach hoch gerechnet rund 2000 Mk. ausbezahlt haben. Damit hat er dann immer noch zum wenigsten 8000 Mk. gespart! — So also sieht der „nationale Sozialismus“ in Zahlen aus!

Arbeiter! Volksgenossen!

Euch drohen schwere Gefahren.
Wehrt euch dagegen.
Schließt enger die Reihen.
Organisiert euch!

Eine Arbeiterin im Efta-Werk erhält nach unserer Berechnung einschließlich der „Gewinnbeteiligung“ im ganzen Jahr etwa 800 Mk. Das ist genau soviel, wie Riehn für die Pacht einer Gemeindejagd in der Umgebung anlegen muß! Die „Gewinnbeteiligung“ beim „nationalen Sozialisten“ Riehn bringt, wie schon erwähnt, einer Arbeiterin fürs ganze Jahr sage und schreibe 22,50 Mk. ein. Herr Riehn kann sich von seinem Gewinnanteil Jagden pachten, einen großen Haushalt in einer vornehmen Villa leisten, am Bodensee einen Sommerfisch erwerben, zwei Luxuslimousinen halten, einen neuen Park mit Freibad anlegen, prominente Parteigenossen zum Sommeraufenthalt einladen. All das hat er in und nach der Inflation verdient! Denn vorher war er Angestellter und dann hatte er ein kleines Papiergeschäft neben der Schule! — Seine Arbeiter allerdings dürfen bei Bedarf reichlich Ueberstunden machen, erhalten jedoch keineswegs die tariflichen Zuschläge dafür, aber sie werden von dem Bg.-Arbeitgeber jovial auf die Schulter geklopft, mit dem Vornamen angesprochen, „Mitarbeiter“ betitelt und wenn sie nachts bis 12 Uhr arbeiten, spendiert man ihnen auch mal ein Fläschchen Bier, eine Wurst und ein Stück Brot: alles billiger für Herrn Riehn mit seinem „nationalen Sozialismus“ als der Tariflohn des Api-Vertrags!

In allen Nazi-Zeitungen und -Flugblättern wird dann der „soziale Arbeitgeber Riehn“ gefeiert. „Trotz Fabrikant Volksmann!“ heißt es da! Herr Riehn ist ja so „sozial“, so sozial nämlich, daß er sich nahezu ein Jahr lang mit aller Zähigkeit geweigert hat, einen Arbeitsinvaliden einzustellen, der ihm von der Hauptfürsorgestelle dem Gesetz zufolge zugeteilt worden war. Er brachte es fertig, diesem Invaliden, dessen Frau schon als Mädchen bei ihm arbeitete, wörtlich zu schreiben: „Also, wenn Sie mir mit aller Gewalt zugeteilt werden sollten, dann hätten sie damit zu rechnen, daß ich Ihre Frau entlassen müßte.“

Wir freien Gewerkschaftler können gegenüber derartigen Machenschaften unsere dem Verband

noch fernstehenden Arbeitskollegen an solchen Beispielen nur immer wieder darauf hinweisen, daß alle Phrasen von „Gewinnbeteiligung“ und von „nationalem Sozialismus“ ein aufgelegter Schwindel sind, daß eine Hilfe für alle nur dann möglich ist, wenn sich alle Arbeiter straff organisieren und so den Kampf gegen Kapitalisten und Unternehmer mitkämpfen.

Berschmelzung der Buchdrucker- und Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft?

Die Deutsche Buchdrucker-Berufsgenossenschaft hatte im Jahre 1930 einen Beschluß gefaßt, die Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft mit der Buchdrucker-Berufsgenossenschaft zu verschmelzen. Wie wir jetzt aus dem soeben erschienenen Bericht der Genossenschaft ersehen, hat die Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft diesen Antrag abgelehnt, weil „gewichtige Gründe gegen eine solche Vereinigung sprechen“. Welcher Art diese sind, darüber schweigt man sich aus, wahrscheinlich deshalb, weil dieselben einer öffentlichen Kritik nicht standhalten können. Ob die Vereinigung noch zustande kommt, entscheidet nunmehr auf Anrufen der Reichsrat. Leider erfährt man nicht, ob dieser inzwischen tatsächlich angerufen worden ist.

Die inzwischen erschienene Notverordnung sieht ja auch eine Vereinfachung des Verwaltungsapparats der Versicherungsträger vor. Es wäre dringend zu wünschen, daß wenigstens auf diesem Wege die längst notwendige Vereinigung beider Genossenschaften zustande kommt, denn diese liegt zweifellos nicht bloß im Interesse der Versicherten, sondern auch der Genossenschaften selbst.

INTERNATIONALES

Löhne der Papierindustrie in Rußland.

Es ist sehr schwierig, wenn nicht unmöglich, die in Rußland bezahlten Löhne mit denjenigen in anderen Ländern zu vergleichen, bemerkt das Internationale Sekretariat der Textilarbeiter zu einer Veröffentlichung des Internationalen Arbeitsamts. Die Zusammenstellung hat daher gewiß auch nur relativen Wert; doch kann ihr so viel entnommen werden, daß unter einer Liste von 17 Berufen die Papierindustrie an 12. Stelle steht, die Buchdrucker dagegen befinden sich an 2. Stelle von oben. In absoluten Zahlen ausgedrückt, erhielten die Buchdrucker pro Monat 90 bzw. 109 Rubel in den Jahren 1928 und 1931, die Arbeiter in der Papierindustrie dagegen 67 bzw. 91 Rubel, während der Gesamtdurchschnitt 70 bzw. 96 Rubel betrug, die Papierarbeiter bleiben also in jedem Falle unter dem Durchschnitt.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Einstellung der Lokalunterstützung in Schmöln. Die Zahlstelle Schmöln i. Thür. kann an durchreisende Kollegen keine Lokalunterstützung mehr zahlen.

Abrechnungen

vom dritten Quartal 1932 gingen bis zum 18. Oktober bei der Verbandsstufe ein von: Berlin 7267,25 Mk. = Gau Magdeburg — Mk., Magdeburg 1850,— Mk., Osterwed — Mk. = Kassel — Mk. = Wiesbaden — Mk. = Arnstadt 40,— Mk., Halle 400,— Mk., Koburg — Mk., Schmöln — Mk., Weimar 250,— Mk. = Gau Sachsen 76,15 Mk., Annaberg-Buchholz — Mk., Brandis 300,— Mk., Chemnitz 72,05 Mk., Dresden 1833,85 Mk., Leipzig 381,45 Mk., Plauen — Mk. = Gau Württemberg und Baden — Mk., Freiburg 200,— Mk., Heilbronn — Mk., Kirchheim-Teck — Mk., Stuttgart — Mk.